



Arbeitspapier Sicherheitspolitik, Nr. 17/2016

Scheidung auf syrisch: Warum eine Aufteilung keine Lösung ist

von Florence Gaub

Nach fünf Jahren Krieg und dem nunmehr dritten Anlauf zu Friedensverhandlungen scheint es in Syrien nur noch eine Option zu geben: die Aufteilung des Landes – entweder nach föderalistischen Prinzipien ganz nach russischen Vorstellungen oder vielleicht sogar gleich durch eine vollständige Auflösung des bisherigen Staates, wie es aus US-amerikanischer Sicht unterstützt wird. Syrien, ein Land von 21 Millionen Menschen und zehn Bevölkerungsgruppen, sei ohnehin ein durch Frankreich und Großbritannien geschaffenes künstliches Konstrukt, so die vermeintlich bestechende Logik. Wenn die Bevölkerungsgruppen nicht mehr miteinander leben wollen, dann könnte eine Scheidung womöglich Abhilfe schaffen. Aber diese Denkweise ist nicht nur verfehlt, sondern auch gefährlich – denn eine Lösung würde diese Trennung nicht bescheren.

Syrien: nicht so künstlich wie man denkt

Zunächst einmal ist Syrien als Konstrukt kein künstliches. Zu oft wird in der Debatte um den syrischen Bürgerkrieg das französisch-britische Sykes-Picot-Geheimabkommen bemüht, das 1916 angeblich die heutigen Staaten des Nahen Ostens und somit alle Probleme der Region geschaffen haben soll. Dies ist in mehrfacher Hinsicht faktisch falsch – in den Sykes-Picot-Plänen war Syrien wesentlich größer als heute und reichte weit in den Nordirak hinein. Erst der Vertrag von Lausanne schuf 1923 das Land mehr oder weniger in den Grenzen von heute. Diese Grenzziehung war zudem nicht komplett „künstlich“, da sie weitestgehend entlang jener der früheren ottomanischen Verwaltungsdistrikte verlief.

Viel wichtiger ist jedoch, dass diese von außen gesteuerte Staatswerdung nicht bedeutet, dass Syrien als nationalstaatliches Konzept *ex nihilo* geschaffen wurde. Im Gegenteil: Syrien und seine Bürger sehen sich als historische Nachfolger gleich mehrerer politischer Vorgänger. Urkundlich zuerst im 8. Jahrhundert vor Christus erwähnt, hatte es seine politische Hochphase unter dem Namen Bilad Al-Sham als Provinz gleich mehrerer Kalifate: der ersten vier „rechtgeleiteten Kalifen“ oder Raschiden, der Umayyaden und zuletzt der Abbasiden. Vom 7. bis ins 16. Jahrhundert war es damit nicht nur eine politische Einheit, es spielte bisweilen auch eine tragende Rolle – Damaskus war Kalifathauptstadt der Umayyaden im 7. Jahrhundert, Rakka hatte diesen Status im 8. Jahrhundert. Als die Ottomanen Bilad Al-Sham im 16. Jahrhundert eroberten, teilten sie es in insgesamt fünf Distrikte auf, welche nach den jeweiligen Städten benannt waren: Beirut, Aleppo, Jerusalem, Zor und Damaskus – letzteres wurde auch „Syrien“ genannt und reichte weit in das heutige Jordanien hinein.

Als das Osmanische Reich nach dem ersten Weltkrieg zerfiel, sah sich das heutige Syrien konsequenterweise als Nachfolger dieser Vorgänger, wurde jedoch durch den Vertrag von Lausanne entscheidend geschrumpft. Syriens Grenzen umfassten nun nicht mehr das, was heute Jordanien, Israel, Libanon, die palästinensischen Gebiete, Teile des Nord-Iraks und der südlichen Türkei sind. Gleichzeitig fiel die Bezeichnung

Bilad Al-Sham zunehmend aus dem Gebrauch, und „Syrien“, die ursprünglich römische Bezeichnung für die Region, wurde vermehrt verwendet – vielleicht auch, um über die Schrumpfung hinwegzutäuschen. Als Frankreich als Mandatsmacht das heutige Syrien noch weiter aufteilte, war es das erste Mal in Syriens Geschichte, dass dabei ethnische Überlegungen eine Rolle spielten. Syrien sollte nun in drusische, alawitische, Damaszener und Aleppiner Kleinstaaten aufgetrennt werden. Dies lehnte die Bevölkerung jedoch ab, ein mehrjähriger Volksaufstand forderte über 100.000 Menschenleben. Syriens Grenzen sind demnach nicht vollständig künstlich, doch sie entsprechen tatsächlich nicht ganz der nationalen Selbstvorstellung – nur wäre Syrien gerne größer anstatt kleiner.

Syrischen Nationalismus verstehen

Nicht nur sieht sich Syrien als politischen Nachfahren des Bilad Al-Sham, es strebte vor allem unter Hafiz Al-Assad, dem Vater des jetzigen Präsidenten Baschar, auch danach, dieses Land wiederherzustellen. Das expansive und territoriale Selbstverständnis eines Großsyriens spiegelte sich auch in vielfältiger Weise in Syriens Außenpolitik. Mehrfach versuchte Syrien, mit anderen arabischen Nationen politisch zu verschmelzen, unter anderem mit Libyen, Jemen oder dem Irak. Am längsten dauerte noch die Union mit Ägypten von 1958 bis 1961. Darüber hinaus besetzten syrische Truppen über 30 Jahre lang den Libanon. Hafiz al-Assad ging sogar so weit, Jordanier, Palästinenser und Libanesen als Teil des syrischen Volkes zu bezeichnen – weswegen bis 2008 auch keine Botschaft im Libanon eröffnete wurde, schließlich seien Libanesen und Syrer „ein Volk“. Bis heute erkennt Syrien zudem Alexandretta (auch Hatay Provinz genannt) nicht als Teil der Türkei an: Es war historisch Teil des ottomanischen Verwaltungsdistriktes Aleppo, doch Frankreich gab es 1937 an die Türkei unter Atatürk ab. Jedoch war dieses großsyrische Verständnis nicht nur in Syrien selbst zu finden: Die Libanesische *Syrian Socialist National Party* versuchte bis in die 60er Jahre, den Libanon Syrien anzuschließen, von dem es, wie die Partei fand, unrechtmäßig durch die Kolonialmacht abgetrennt worden war.

Syrischer Nationalismus nährt sich aus diesem territorialen Selbstverständnis. Gerade weil Syriens Bevölkerung ethnisch und religiös durchmischt war und ist, musste sein Nationalismus einend sein. Hierbei stützte er sich auf zwei areligiöse Elemente, welche in erster Instanz territorialer und in zweiter Instanz kultureller Natur sind. Die territoriale Komponente spiegelte sich unter anderem im Namen Bilad Al-Sham. Dieser hat einen geographischen Bezug, da er sich ableitet vom Arabischen für das „Land, welches linker Hand gelegen ist“, hier gemeint „links von Mekka und Medina“, wenn man der Sonne zugewandt ist. Dass Bilad Al-Sham auch nach Jahrhunderten noch eine relevante politische Referenz ist, zeigt sich auch an der Flagge Syriens, welche die Farben seiner politischen Vorgängereinheit unter den Umayyaden (weiß), den Abbasiden (schwarz) und den Rashiden (grün) „recycelt“ (das Rot steht für das Blut der Gefallenen) – es ist im Übrigen die gleiche Fahne, die Syrien während seiner Union mit Ägypten verwendete.

Zusätzlich war auch der Panarabismus für eine multiethnische Gesellschaft wie die Syriens eine attraktive, einende Ideologie (mit Ausnahme der kurdischen Minderheit). Nicht zufällig war Syrien die erste Hochburg der arabischen Einigungsbewegung, welche sich bewusst als Gegenstück zum Panislamismus versteht. Der erste Versuch einer solchen Einigung erfolgte hier unter dem Haschemitischen Rebellenführer Faisal, der 1920 das arabische Königreich Syrien in Damaskus gründete (welches allerdings binnen weniger Monate von Frankreich niedergeschlagen wurde). Bis heute findet sich die arabische Referenz nicht nur in der Nationalhymne sondern auch im offiziellen Namen des Landes, Syrische Arabische Republik, wieder. Vielleicht auch wegen dieser (oft auch staatlich verordneten) einenden Ideologie hat Syrien in den über 60 Jahren seiner Unabhängigkeit wenig interethnische und interreligiöse Gewalt erlebt.

Diese nationalistischen Elemente finden sich auch unter den heutigen Rebellen: Unter den über 150 aufständischen Gruppierungen gibt es zahlreiche mit Referenzen zu Bilad Al-Sham (z.B. Ansar Al-Sham, Suqour Al-Sham, Ahrar Al-Sham oder Jaysh Al-Sham) oder Syrien (wie zum Beispiel die Freie Syrische Armee, Ahrar Souriya). Die meisten syrischen Rebellen lehnen ausländische Freiwillige – im Gegensatz zum Islamischen Staat (IS) oder der al-Nusra-Front – ab, weil sie ihre syrische Legitimität nicht verlieren wollen.

Auch die Fahne der Freien Syrischen Armee trägt, allerdings in anderer Kombination, die gleichen syrischen Nationalfarben wie die des Assad-Regimes.

Verneint wird der territoriale oder kulturelle Nationalismus Syriens im Wesentlichen von zwei Gruppen: dem Islamischen Staat (IS), der das Land zu seinem mittelalterlichen Provinzstatus in einem Kalifat zurückführen will, sowie den syrischen Kurden, welche 10 bis 15 Prozent der syrischen Bevölkerung ausmachen. Während Syrien im IS in mehrere Verwaltungsdistrikte aufgeteilt ist (welche sich weitestgehend an die des syrischen Regimes anlehnen), haben sich die Kurden im März dieses Jahres für Autonomie innerhalb eines föderalen Systems ausgesprochen – was sowohl vom Regime als auch der syrischen Opposition abgelehnt wurde. Eine Aufteilung Syriens, ob föderaler oder endgültiger Natur, war nie eine Forderung der Aufständischen – im Gegenteil: die Beibehaltung Syriens in seiner heutigen Form ist das Einzige, worauf Bashar Al-Assad und Anas Al-Abdah, Präsident der oppositionellen Syrischen Koalition, und sogar Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah sich einigen können.

Falschverstandene Konfliktdynamik

Obwohl Syrien einen soliden Nationalismus aufweist sowie eine politische Identität besitzt, scheinen sowohl amerikanische als auch russische Unterhändler eine räumliche oder politische Trennung Syriens dennoch für eine Lösung zu halten. Dies liegt vor allem an einem Missverständnis hinsichtlich allgemeiner Konfliktursachen sowie der konkreten Umstände im syrischen Konflikt.

Denn obgleich es gerade nicht religiöse oder ethnische Unterschiede sind, die einen Konflikt auslösen, ist diese Vorstellung dennoch weitverbreitet. Studien zeigen, dass Bürgerkriege am häufigsten in Gesellschaften vorkommen, welche unter einem gewissen Einkommensniveau liegen und schwache staatliche Institutionen haben. Die ethnische Komponente führt, wie der Konfliktforscher Paul Collier zeigt, nur dann zu einer leicht erhöhten Konfliktwahrscheinlichkeit, wenn eine Gesellschaft aus drei etwa gleich großen Gruppen besteht und kritische Einkommensunterschiede mit ethnischer Zugehörigkeit überlappen.¹ Je pluraler eine Gesellschaft ist, wie etwa in Indien, desto weniger Gewaltkonflikte hat sie sogar – vermutlich, weil keine Gruppe die andere dominieren kann. Fakt ist jedoch auch, dass Konflikte selbst ethnische und religiöse Identitäten verstärken. Oft spielen politische Führer die sektiererische Karte absichtlich in ihrer Rhetorik, und Menschen identifizieren sich durch den Konflikt mehr und mehr mit ihrer primären Gruppe. Nicht die Identität kreiert den Konflikt, sondern andersherum.

Da jedoch Präsident Assad der alawitischen Minderheit angehört, hat sich die Vorstellung etabliert, es handle sich um einen sunnitischen Aufstand gegen eine alawitische Diktatur – dabei besteht das Regime nach wie vor aus einer Mischung aus fast allen syrischen Bevölkerungsgruppen. Selbst wenn Alawiten Führungspositionen besetzen, musste das Regime zumindest eine Durchmischung vortäuschen, um überhaupt über Jahrzehnte akzeptiert zu werden, zum Beispiel von den sunnitischen Handelsfamilien in Damaskus.

Auch in Syrien ist dies der Fall: Wenngleich der Konflikt ohne ethno-religiöse Komponente begann, bedienen sich vor allem islamistische Gruppen zunehmend sektiererischer Rhetorik und Kriegsführung: Der Prediger Adnan al-Aroor etwa drohte den Alawiten, sie „zu Grillfleisch zu machen“ und den Hunden zum Fraß vorzuwerfen; in Adra wurden 2013 rund 40 Christen, Drusen und Alawiten von der al-Nusra-Front hingerichtet. Je länger der Krieg anhält, desto mehr führt er zu Flucht und damit ethnischen Säuberungen ganzer Gegenden. Die Anwesenheit der Hisbollah sowie iranischer Einheiten verstärkt den Eindruck, dass es sich um einen Kampf zwischen Schiiten und Sunniten handle.

Doch der syrische Konflikt ist kein ethno-religiöser. Erstens sind die Forderungen der Opposition rein politischer Natur. Zum Zweiten ist Gewalt in Syrien gruppenübergreifend: Der Islamische Staat etwa hat in Rakka

¹ Collier, Paul, Hrsg (2003): Breaking the conflict trap: Civil War and Development Policy (Washington, DC: The International Bank for Reconstruction and Development), S. 59.

mehrere hundert Soldaten des Regimes hingerichtet, obwohl sie so wie die Angehörigen des IS selbst Sunniten waren. Nach wie vor sind Sunniten nicht nur im Assad-Regime vertreten, sondern bilden auch eine große Gruppe innerhalb der syrischen Streitkräfte und kämpfen dabei gegen mehrheitlich sunnitische Milizen. Wenngleich der Konflikt also zunehmend religiöse und ethnische Töne annimmt, so konzentriert sich der überwältigende Anteil der Konfliktrhetorik jedoch darauf, sich gegenseitig als Tyrann oder Terrorist zu bezeichnen. Dass es bei dem Konflikt um mehr geht, als um religiöse Zugehörigkeit, zeigt sich auch an dem kürzlich erschienenen Schreiben, in dem sich Vertreter der alawitischen Gemeinde (zu der auch Präsident Assad zählt) vom Regime lossagen. Syriens Krieg ist demnach weder ein Sezessionskrieg noch ein ethnischer oder religiöser Konflikt – sondern im Kern ein Aufstand gegen die Regierungsführung.

Territoriale Lösung für ein politisches Problem

Aus diesem Grunde würde eine territoriale Aufspaltung Syriens die zugrundeliegenden Probleme nicht langfristig lösen. Im Gegenteil, sie würde die politisch-sektiererischen Tendenzen sogar noch weiter befördern – so wie es etwa in Bosnien-Herzegowina geschehen ist. Dort führte die Idee einer territorialen Aufteilung zu ethnischen Säuberungen mit zahlreichen Opfern sowie zu einer Binnenvertreibung von über einer Million Menschen. Dabei war Bosnien gleich einem Leopardfell durchmischts besiedelt, eine homogene Aufteilung der Bevölkerung daher nicht möglich. In den 20 Jahren seit dem Friedensvertrag von Dayton sind nur rund die Hälfte der Vertriebenen in Bosnien an ihren Ursprungsort zurückgekehrt – zum Teil auch nur deshalb, weil die internationale Gemeinschaft mit Truppen vor Ort war. Über eine halbe Million Menschen leben nun in einem ethnisch homogenen Teil Bosniens – serbische Flüchtlinge etwa leben vorwiegend in der serbischen Republik innerhalb der Föderation Bosnien-Herzegowina. Unterm Strich hat die de facto-Aufspaltung Bosniens das Problem zementiert anstatt es zu lösen.

Viel wichtiger noch ist die Tatsache, dass Syrien – genau wie der Libanon und Bosnien – größtenteils gemischt besiedelt ist (abgesehen von bestimmten Konzentrationen in einzelnen Gebieten wie etwa Drusen im Süden des Landes und Alawiten an der westlichen Küste). So leben christliche Gemeinden, Alawiten und Ismaeliten über das ganze Land verteilt. Auch die kurdisch besiedelten Gebiete im Norden des Landes sind nicht verbunden, sondern voneinander abgetrennt, etwa durch Gebiete mit einer turkmenischen Bevölkerungsmehrheit. Eine Aufteilung Syriens ist daher unmöglich ohne gezielte Umsiedelung von Bewohnern – genau das, was sektiererische Anführer wollen, jedoch nicht die Bevölkerung. Ironischerweise war es auch gerade eine Durchmischung, die den Libanon nach 15 Jahren Bürgerkrieg von einem Zerfall rettete: ultimativ lehnten die meisten Bürger die Idee der Milizen ab, den Libanon in religiöse Kantone zu zerschlagen und wünschten sich eine Einheitsregierung.

Aus diesem Grund würde eine Aufteilung Syriens bedeuten, das politische Ursprungsproblem nicht zu lösen, sondern stattdessen die nachfolgenden Symptome zu managen. Dieses Problem ist nicht so sehr Baschar Al-Assad als Person, sondern die Tatsache, dass der syrische Staat schon seit Jahren wirtschaftlich krank und als ein repressives System operiert. Nur wer dieses – zugegebenermaßen weitaus komplexere – Problem löst, wird in Syrien langfristig Stabilität schaffen können.

Gefährlicher regionaler Präzedenzfall

Zu guter Letzt wäre eine Aufteilung Syriens auch auf regionaler Ebene kritisch. Territoriale Trennungen könnten als Präzedenzantwort für politische Probleme wahrgenommen werden und damit weitere Sezessionsbestrebungen nach sich ziehen. Die Kurden, Irak, aber auch Libanon, Jemen, Libyen und sogar schiitisch geprägte Regionen im Golf wären dann versucht, ein politisches Problem schlicht territorial zu lösen – auch deshalb, weil es für die Anführer von Minderheiten durchaus attraktiv ist, sich politische Pfründe zu schaffen anstatt sich auf staatliche Dienstleistung zu konzentrieren. Wo territoriale Teilung die Antwort auf politische Fragen war – sei es im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina oder in Bangladesch – ging es in vielen Fäl-

len mehr um den kurzfristigen Zugang zu Macht und Ressourcen als um eine langfristige Stabilisierung – welche dann zumeist auch ausblieb.

Aus genau diesen Gründen reagierte die arabische Presse sowohl auf russische als auch amerikanische Ideen einer Aufteilung Syriens negativ: Dies wäre eine erneute Grenzziehung durch fremde Mächte, ganz wie im Sykes-Picot-Abkommen, welche die arabischen Staaten weiterhin schwächen und fragmentieren sollte. Wenn sich Syrien dann nach einer Föderalisierung oder Aufspaltung nicht stabilisiert hätte, würde dies in der Region sicherlich als ein absichtlicher Versuch der äußeren Unruhestiftung empfunden werden, so wie es im Falle der Invasion des Iraks 2003 geschah.

Die einzige Lösung für zivile Konflikte, egal welcher Natur, ist nach wie vor gute Regierungsführung: ein Staat, welcher allen seinen Bürgern Sicherheit, Wohlstand und Vertretung zusichert. Dass dies länger dauert und mehr kostet, als eine politische Trennung erklärt auch, warum letztere für außenstehende Vermittler oft die attraktivere Lösung ist.

Florence Gaub ist Senior Analyst am Institut für Sicherheitsstudien der Europäischen Union. Die Autorin gibt ihre persönliche Meinung wieder.